

profilwetter

Die von der Bundesregierung geplante Studie zum sogenannten Racial Profiling bei der Polizei kommt doch nicht. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) halte eine Studie unverändert nicht für sinnvoll, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Sonntag. Das Ministerium begründete Seehofers Entscheidung unter anderem damit, dass Racial Profiling in der polizeilichen Praxis verboten ist. Das Inland hat übrigens in den Sommerferien schlechtes Wetter verboten. Deshalb wird es heute sonnig und warm.



„NSU2.0“ bedroht Linken-Politikerin Wissler mit Tod

Und wie im Fall der Anwältin Başay-Yıldız führen Spuren zur Polizei

Aus Frankfurt am Main
Christoph Schmidt-Lunau

Die Linken-Fraktionschefin im Hessischen Landtag und Vizevorsitzende der Bundespartei, Janine Wissler, 39, ist in E-Mails mit dem Tod bedroht worden. Der anonyme Absender hat die Schreiben mit „NSU2.0“ und mit Nazi-Grüßformeln unterzeichnet. Dieser Vorgang erinnert an die ebenfalls anonymen Drohmails gegen die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız, die im Münchner NSU-Prozess die Nebenklage eine Opferfamilie vertreten hatte.

Başay-Yıldız war im August 2018 in E-Mails rassistisch beschimpft und ebenfalls mit dem Tod bedroht worden. Die Schreiben waren gleichfalls mit „NSU2.0“ unterzeichnet. Die Texte nahmen damals Bezug auf persönliche Daten der Anwältin und ihrer Familie, die öffentlich nicht bekannt waren. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass solche Daten ohne dienstlichen Grund von einem Computer in einem Frankfurter Polizeirevier abgerufen worden waren. Seitdem suchen Polizei und Staatsanwaltschaft den oder die Täter, bislang allerdings ohne Erfolg. So ist bis heute nicht klar, ob möglicherweise sogar Bedienstete der Polizei an den Einschüchterungsversuchen gegen die Rechtsanwältin beteiligt waren oder nicht. Die Ermittler stießen allerdings auf eine rechte Chatgruppe in der Frankfurter Polizei, die nationalsozialistische Parolen und Symbole geteilt hatte. Sechs Bedienstete waren deshalb suspendiert worden. Dieser Umstand löste weitere interne Untersuchungen in der hessischen Polizei aus, bei denen zahlreiche MitarbeiterInnen unter Verdacht gerieten. 30 Verfahren gelten als noch nicht abgeschlossen.

Auch die Absender:in der gegen die Linken-Politikerin Wissler gerichteten Mails verfiel offenbar über Daten, die öffentlich nicht zugänglich sind. In den Texten gibt er oder sie vor, dem Polizeipersonal anzugehören, und beschimpft die Beamten, die sich im Auftrag des Innenministers mit der internen Aufarbeitung der rechtsextremen Umtriebe in der hessischen Polizei befassen. Die Drohmails gegen Wissler waren im Februar verschickt worden. Nach taz-Informationen hatte die Politikerin die Polizei eingeschaltet, den Vorgang jedoch nicht publik gemacht.

Die Landesvorsitzenden der hessischen Linken, Petra Heimer und Jan Schalauske, nannten die Drohmails gegen Wissler einen „Angriff auf uns alle“ und betonten: „Wir werden unseren Kampf gegen rechts und für einen entschiedenen Antifaschismus noch weiter verstärken.“ In einer gemeinsamen Erklärung verzeichnen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU, Grünen, SPD und FDP die Bedrohung ihrer Landtagskollegin Wissler als „abscheulich und widerwärtig“. Weiter heißt es da: „Die Parallelen zu den früheren Drohbriefen an die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız finden wir erschreckend. Janine Wissler kann sich der Solidarität aller demokratischer Fraktionen im Hessischen Landtag sicher sein. Wir können und werden unsere Demokratie gemeinsam gegen die Bedrohung von rechts verteidigen.“

Eine Sprecherin der hessischen Linken zeigte sich „positiv überrascht“. Die gemeinsame Erklärung der demokratischen Parteien sei ein gutes Signal, sagte sie der taz.

„Die Bundeswehr ist derzeit für Wehrpflichtige nicht geeignet“
Foto: Rainer Unkel/imago



„Die Wehrpflicht ist ein Zwangsdienst“

Der Vorschlag der Wehrbeauftragten, die Wehrpflicht wieder einzuführen, um rechte Strukturen zu bekämpfen, geht am Problem vorbei, sagt Linken-Politiker Tobias Pflüger



Tobias Pflüger, Jahrgang 1965, ist stellvertretender Parteivorsitzender der Linken und verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Interview Jasmin Kalarickal

taz: Herr Pflüger, um gegen Rechtsextremismus in der Bundeswehr vorzugehen, denkt die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), über die Wiedereinführung der Wehrpflicht nach. Halten Sie das für eine gute Idee?

Tobias Pflüger: Nein. Was mich besonders ärgert, ist, in welchem Kontext dieser Vorschlag gemacht wurde: Wir haben ein Problem mit Rechtsextremismus und Neonazismus in der Bundeswehr. Und die Truppe, wo das besonders aufgefallen ist, ist die Elitetruppe KSK, wo Wehrpflichtige aber nie eine zentrale Rolle spielen würden. Der Vorschlag geht völlig am eigentlichen Problem vorbei.

Sie sind also gegen eine Wiedereinführung?

Ja, selbstverständlich. Die Bundeswehr ist derzeit so strukturiert, dass sie für Wehrpflichtige nicht geeignet ist. Und: Jetzt wären im Unterschied zu früher Männer und Frauen von der Wehrpflicht betroffen. Die Wehrpflicht ist ein Zwangsdienst, das ist ein enormer Einschnitt in das jeweilige Leben. Wir lehnen das ab.

Es geht doch darum, mehr gesellschaftliche Diversität in die Bundeswehr zu bekommen. Ist das nicht ein richtiger Ansatzpunkt?

Ich bin jetzt mal freundlich. Die Anfangsidee kann ich

ja vielleicht nachvollziehen. Aber es gibt empirische Ergebnisse, wie es während der Wehrpflicht war. Das Problem Rechtsextremismus ist ja nicht neu. Und es war so: Im Bereich der Wehrpflichtigen ist das Problem Rechtsextremismus überproportional aufgetaucht und haben sich entsprechende Hotspots in bestimmten Einheiten entwickelt. Das ist in den Berichten der Vorgänger der Wehrbeauftragten auch relativ gut dokumentiert.

Eva Högl hat für den Vorschlag viel Kritik aus der Opposition und den eigenen Reihen bekommen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer kam gleich mit einem neuen Vorschlag. Sie möchte einen neuen Freiwilligendienst in der Bundeswehr. Hat Sie das überrascht?

Das ist ein alter Vorschlag von ihr, den ich im Kern für noch gefährlicher halte. Sie will eine sechsmonatige militärische Grundausbildung auf Freiwilligenbasis ab 2021. Damit macht sie genau das Gegenteil dessen, was jetzt notwendig wäre. So kommen doch wieder vor allem auch rechte Akteure, die an Waffen wollen. Im Kontext der Rechtsextremismus-Bundeswehrdebatte ist das das Kontraproduktivste, was ich mir vorstellen kann. Das ist beunruhigend.

Was müsste man denn stattdessen machen?

Wir haben das Phänomen, dass sich Rechte besonders in bestimmten Truppenteilen festgesetzt haben ...

... wie im KSK etwa, aber das soll ja teilaufgelöst und umstrukturiert werden.

Das KSK ist regelrecht durchgezogen von rechten Strukturen, was durch den Brief des Hauptmanns besonders gut beschrieben wird. Deshalb müsste man das KSK ganz auflösen. Und bei der Gesamtbundeswehr müsste man zum Beispiel an die Einstellungspraxis ran. Fragen, ob sich jemand auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt, haben bisher kaum eine Rolle gespielt. Das wäre ein Ansatzpunkt. Zweitens müsste man

Wehrpflicht reloaded?

Offensiv Eva Högl (SPD) denkt vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr über die Wiedereinführung der Wehrpflicht nach. Sie halte es für einen Riesenfehler, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde.

Defensiv Die SPD-Führung und die Oppositionsparteien Grüne, Linke und FDP kritisierten den Vorstoß. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) lehnte den Vorschlag auch ab, kündigte aber einen neuen Freiwilligendienst in der Bundeswehr an.

in Richtung der Rechten ganz klar signalisieren, dass Rechte, die überführt werden, auch aus dem Dienst der Bundeswehr entfernt werden und dass entsprechende Strafverfahren auch zu Ende geführt werden. Teils ist es ja so, dass Zivilgerichte rechte Soldaten verurteilen und die dann trotzdem in der Bundeswehr verbleiben.

Ist das nicht dem Personal-mangel geschuldet?

Na ja, beim KSK ist es so, dass die Anforderungen so hochgedreht wurden, dass der Anteil derjenigen, die es schaffen, sehr gering wurde. Und dann sind ja auch Rechte daran beteiligt, wer dort genommen wird und wer nicht. Da muss man völlig anders rangehen, wie ausgesucht wird, wie die Ausbildung strukturiert ist.

Wie meinen Sie das?

Viele Soldatinnen und Soldaten haben Angst, sich klar politisch zu äußern. Das hat viel mit der Befehls- und Gehorsamsstruktur zu tun.

Was müsste sich noch ändern?

Das Problem Rechtsextremismus in der Bundeswehr betrifft vor allem ältere Semester. Es häuft sich auch im Bereich der Reservisten. Da müssen wir Stück für Stück ran. Es geht auch um Leute, die an nicht unwichtigen Stellen sitzen. Das löst man nicht, indem man mehr jüngere reinholt, sonst holt man das gleiche Problem wieder rein.

Runter mit den Masken

Mecklenburg-Vorpommern und andere Länder wollen die Maskenpflicht abschaffen. Das stößt auf Kritik

Mehrere Bundesländer erwägen eine Abschaffung der Maskenpflicht im Handel. „Wenn das Infektionsgeschehen so gering bleibt, sehe ich keinen Grund, länger an der Maskenpflicht im Handel festzuhalten“, sagte beispielsweise Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) der Welt am Sonntag. Er gehe davon aus, dass das Kabinett in Schwerin am 4. August das Ende der Maskenpflicht im Einzelhandel beschließen werde. „Ich kann die Ungeduld des Handels sehr gut nachvollziehen, die Mas-

kenpflicht abzuschaffen.“ Die Abstandsregel werde aber grundsätzlich bleiben. Mecklenburg-Vorpommern hat die niedrigsten Infektionszahlen mit dem neuartigen Coronavirus bundesweit.

Glawe kündigte auch Gespräche mit seinen Kollegen in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein an. „Wir versuchen, für alle norddeutschen Bundesländer eine einheitliche Regelung hinzubekommen. Noch lieber wäre mir ein bundesweites Ende der Maskenpflicht im Handel“, sagte er.

In Sachsen wird ebenfalls eine Abschaffung geprüft. „Wir schauen uns gerade an, ob wir beim Einkaufen auf die Maskenpflicht verzichten können“, sagte Sozialministerin Petra Köpping (SPD) der Welt am Sonntag. In Niedersachsen plädiert Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) dafür, und auch Sachsen-Anhalts Gesundheitsministerin Petra Grimmbenne (SPD) kann sich laut der Zeitung mittelfristig eine Änderung vorstellen. Bremen will das Thema im Senat diskutieren, hieß es. Der SPD-Gesundheits-

experte Karl Lauterbach plädiert dafür, die Maskenpflicht im Handel beizubehalten. „Die Maskenpflicht im Handel ist eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen das Coronavirus“, sagte er der Rheinischen Post. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat ebenfalls vor einem vorzeitigen Ende der Maskenpflicht im Einzelhandel gewarnt. Er bleibe bei seiner Auffassung, dass große Vorsicht im Umgang mit dem Coronavirus geboten sei, erklärte die Staatskanzlei in Hannover am Sonntag. (dpa)